

Nur noch ein Erinnerungsort.

Zum Verhältnis von Vergangenheit und Zukunft des Ruhrgebiets

Ulrich Herbert, Zeche Zollverein Essen, 26.6.2018

Erinnerung ist im Deutschen ein schwieriges Wort. Es hat unterschiedliche Bedeutungsinhalte, die sich zudem in den vergangenen Jahren verändert haben. Es wird transitiv und intransitiv gebraucht. Sich an etwas erinnern und jemand anderen an etwas erinnern sind sehr verschiedene Dinge. „Erinnerung“ wird im Deutschen zumeist gebraucht im Sinne des sich Erinnerns an etwas, das man selbst erlebt hat. Es wird aber in Übernahme des englischen „memory“ nun auch verwendet für den Vorgang des öffentlichen Wissens um etwas: des Gedenkens an etwas, das man durchaus nicht selbst erlebt haben muss.

Solche Unschärfen sind auch bei Worten wie *Erinnerungspolitik* oder *Erinnerungsorte* zu bemerken. *Erinnerungspolitik* meint die politische Steuerung der Interpretation geschichtlicher Vorgänge, also etwa der Entnazifizierung oder der Schuld am Ersten Weltkrieg. Mit individueller Erinnerung der Einzelnen hat es nichts zu tun. Beim Begriff *Erinnerungsort*, aus dem französischen *lieu de mémoire*, ist es ähnlich. Gemeint ist ein Symbol der öffentlichen, der kollektiven Erinnerung, die durchaus nicht mit den Erinnerungen des Einzelnen übereinstimmen muss oder kann, aber als identitätsstiftend für die Region oder die Nation gilt oder gelten soll.

So viel zunächst eingangs zur Problematik der Begriffe, die ja (auch in diesem Rahmen) vielfältig und erschöpfend untersucht wurde. Ich komme darauf zurück.

Nun also zur individuellen Erinnerung. Ich bin 1951 geboren und habe meine Kindheit und Jugend überwiegend im Ruhrgebiet verbracht. Nein, nicht im Ruhrgebiet, sondern in Mülheim an der Ruhr, der Begriff Ruhrgebiet war ungebräuchlich und eher pejorativ. Man kam aus Essen, Duisburg oder Oberhausen, oft noch eher: aus Borbeck, Meiderich oder Sterkrade. Der offizielle Begriff in der Schule lautete „Rheinisch-Westfälisches Industriegebiet“, und im Diercke-Weltatlas reichte von Hamm bis südlich von Köln. In Duisburg stand bis in 70er Jahre in der Stadtmitte ein großes Richtungsschild, das nach Westen zeigte mit der Aufschrift „Niederlande“, und nach Osten mit der Aufschrift „Ruhrgebiet“. Ruhrgebiet, das war woanders, tief im Osten, jedenfalls nicht in Duisburg. In Mülheim wurde vom Heimatverein die örtliche Mundart gepflegt, aber nicht etwa das Ruhrdeutsch, wie es heute gesprochen und kultiviert wird, sondern „Mölmsch Platt“, ein niederrheinischer Dialekt aus vorindustrieller Zeit. Für das Ruhrdeutsche hatte man weder Sinn noch Begriff, was auch damit zusammenhing, dass angesichts der gewaltigen Binnenmigration v. a. nach dem Zweiten Weltkrieg die Zahl derer, deren Eltern im Ruhrgebiet aufgewachsen waren und deren ruhrdeutsche Sprache übernommen hatten, viel geringer war als heute.

So gab es in meiner Erinnerung auch so etwas wie ein „Ruhrgebietsgefühl“ in den 1960er Jahren nicht, man identifizierte sich nicht mit dem Revier, und hinzukam, dass ich es, wie alle meine Schulkameraden, auch gar nicht kannte. Bis zu meinem Abitur war ich weder jemals in Dortmund, in Bochum oder in Gelsenkirchen gewesen, der Radius beschränkte sich auf Mülheim, auf den Duisburger Zoo, und nach Essen fuhr man zweimal im Jahr mit Mutter zum Einkaufen.

Nicht einmal der Fußball vermittelte eine solche spezifische Zugehörigkeit zum Ruhrgebiet. Von meinem Elternhaus bis zum Stadion von Rot-Weiß Essen waren es mit der Straßen-

bahn unerreichbare zwei Stunden, zu schweigen von VfL Bochum, Schalke oder gar Dortmund. So war auch Interesse an diesen Vereinen, zu schweigen von Identifikation, nicht größer als das an Fortuna Düsseldorf oder Bayern München. Der Fußball besaß auch bei weitem nicht diese enorme, tatsächlich oder vermeintlich identitätsstiftende Kraft wie heute, seine Strahlkraft war viel geringer, trotz aller Bemühungen von Vorkämpfern wie Heinz-Josef Justen.

Und schließlich wurde auch die Industrielandschaft, die einen umgab, nicht als etwas Besonderes, Spezifisches oder gar Erhebendes wahrgenommen, mit dem man sich identifizierte. Vom Balkon meines Elternhauses konnte man bis nach Hamborn sehen, wo bei Thyssen nachts der Feuerschein der Abstiche leuchtete. Aber das waren eben die Fabriken, die es überall gab, und obwohl mein Vater bei der Ruhrkohle AG tätig war, wurden die Industrieanlagen und Zechengelände bei uns keineswegs als irgendwie bemerkenswert empfunden, sondern eher so, wie wir heute Autobahnen oder Bürogebäude wahrnehmen - groß, unansehnlich, irgendwie nützlich, aber eben übersehbar. Noch dazu ist meine Erinnerung an die 60er Jahre nicht mit Kohle oder Industriegas verbunden – sondern mit Schokolade. Das lag an der nahegelegenen Wissoll-Schokoladenfabrik, die uns bei Westwind mit ihrer Abluft einhüllte.

Meine Kenntnisse der Topographie des Ruhrgebiets wurden dann Anfang der 1970er Jahre erheblich erweitert, weil ich mich in den Semesterferien als LKW-Fahrer bei der Firma Eilfracht verdingte und insgesamt etwa 1½ Jahre lang mit einem 7,5 Tonner im regionalen Schnellverkehr Industriewaren durch die Gegend kutscherte: Bleche von Südsteel in Hagen zum Duisburger Hafen, Kunststoffe von Leverkusen zu Küppersbusch in Gelsenkirchen, Wasserleitungsrohre auf die Zeche Zollverein in Essen, dem lautesten Ort, an dem ich je gewesen war. Aber erneut: ein Gefühl für die spezifische Region Ruhrgebiet stellte sich selbst dann nicht ein. Ob ich in Dortmund Hörde war oder in Dormagen oder bei der Degussa in Wesseling (dem verseuchtesten Ort, an dem ich je war), spielte keine Rolle. Schön war es nirgends, aber das erwartete auch keiner.

Niemand, wirklich niemand, den ich kannte, wäre zu dieser Zeit auf die Idee gekommen, ein Fabrikgebäude, eine Zeche, ein Walzwerk oder etwa die riesigen Lagerhalden mit Röhren bei Mannesmann als etwas Erinnerungswürdiges zu befinden. Als staunenswert galt eine Zeitlang das Autobahnkreuz Kaiserberg, ein kühn verschlungenes Ineinander von Auffahrten, Brücken und Beschleunigungsspuren. Das würde stolz gezeigt, wenn mal Besuch kam. Der einzige mir damals bekannte, als geschichtlich bedeutend bezeichnete Ort war das Essener Münster mit seinem Goldschatz, obwohl sich mir die Ästhetik der Goldenen Madonna partout nicht mitteilen wollte. Aber das Ruhrgebiet? Es bestand aus grauer Gegenwart und nicht aus Geschichte.

Zehn Jahre später, ich war nach dem Studium ins Ruhrgebiet zurückgekehrt, war alles anders. Ein vierzigjähriger Schwabe in Essen hatte mittlerweile das Ruhrgebiet entdeckt bzw. seine Geschichte. Sein Blick von außen machte das Normale, Langweilige, Graue, ausschließlich Gegenwärtige zum Gegenstand historischer Betrachtung. Die öde Königstraße (?) in Essen Borbeck wurde plötzlich zu einem Symbol für den gescheiterten Versuch, in den nicht zur Stadtreife zugelassenen industriellen Riesendörfern des Ruhrgebiets so etwas wie

bürgerliche Urbanität zu entwickeln. Die Aktienstraße in Mülheim, ein schiefer, von Miethäusern, Tankstellen und Parkplätzen gesäumter Verbindungsweg von Dümpten in die Innenstadt wurde in dieser Perspektive zu einem der Urfpade des Industrialismus, die Verbindung der im 16. Jahrhundert gegründeten Zeche Sellerbeck mit der Friedrich-Wilhelm-Hütte, wo 1849 die Produktion von Roheisen mit Koks begonnen hatte. Das Krupp-Gelände in Essen, das gerade nach und nach abgebaut wurde und mitten in der Stadt eine riesige Fläche aus verfallenden Fabrikhallen und Brachen in Anspruch nahm, wurde in seiner und dann auch in meiner Perspektive zum Gegenstand staunender Entdeckung einstiger Größe. Die Zeche Zollverein, die ich ja noch als höllenlaute Drecksmaschine in Erinnerung hatte, wurde nun zur Kathedrale der Industriemoderne und musste plötzlich „gerettet“ werden, als sei sie eine romanische Kapelle oder eine bedrohte, seltene Tierart.

Und, ganz besonders erstaunlich, das „Haus Industrieform“ in Essen, eines der wenigen eindrucksvollen Gebäude der Stadt, wurde nun wieder als „Alte Synagoge“ erkannt, und damit dämmerte es so langsam, was es bedeutete, dass die im November 1938 von SA und Feuerwehr in Brand gesteckte größte Synagoge nördlich der Alpen bis 1980 als Ausstellungshalle für gelungenes Industriedesign genutzt worden war.

Mit den Augen Lutz Niethammers gesehen also verwandelte sich die aus Normalität und Langeweile bestehende Städteagglomeration in einen historischen Ort, den man bei entsprechenden Kenntnissen lesen und entziffern konnte und dessen historische Bedeutung so Stück für Stück freigelegt wurde: So verwandelte sich die Gegend, in der man wohnte, nun zunehmend in „das Ruhrgebiet“, eine offenbar zusammengehörige Region, das Zentrum des montanindustriellen Zeitalters mit einer großen, neu zu entdeckenden, genauer: noch zu schaffenden Geschichte.

Was war in den Jahren, in den ich nicht hier gewesen war, geschehen? Um die Genese dieses Wandels zu verstehen, muss man etwas weiter zurückgehen. Den Höhepunkt seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung erreichte das Ruhrgebiet, auch hier in seiner erweiterten Topographie als rheinisch-westfälisches Industriegebiet, wohl in den 1940er Jahren: als Herz der deutschen Schwerindustrie, als Zentrum der Rüstungsindustrie des NS-Staats, ja Europas, das entsprechend zum zentralen Ziel der alliierten Luftangriffe wurde. Die Zahl der in der Industrie dieser Region Beschäftigten, überwiegend Arbeiter, lag, je nach topographischer Definition, zwischen 2,5 und 6 Millionen. Der Anteil des Ruhrgebiets, jetzt im engeren Sinne, an der industriellen Wertschöpfung Deutschlands lag 1942 bei fast einem Viertel. So wurde die Frage der Deutschland aufzuerlegenden Reparationen nach dem Krieg zum Hauptstreitpunkt unter den Alliierten und konzentrierte sich bald auf das Ruhrgebiet, das zuvor in einigen Nachkriegsplänen der Alliierten deindustrialisiert, in anderen in einen separaten Weststaat unter internationaler Kontrolle integriert werden sollte. Wer das Ruhrgebiet hatte, hatte Deutschland, so war die verbreitete Überzeugung, und nach 1946 setzten die Westalliierten alles daran, zu verhindern, dass das Ruhrgebiet zu einem Teil der der Sowjetunion zur Verfügung stehenden Reparationsmasse wurde. Im Gegenzug waren Großbritannien und die USA dann sogar bereit, die Westverschiebung Polens zu akzeptieren, wenn die UdSSR nur aus Westdeutschland und dem Zugriff auf das Ruhrgebiet ferngehalten werden konnte.

Schließlich konnte auch die französische Zustimmung zur Gründung der Bundesrepublik nur erreicht werden, indem das Ruhrgebiet unter alliierte Kontrolle gestellt wurde, und bei der

Gründung der Montanunion und sogar der EWG waren die Furcht der Franzosen vor den Deutschen und das Bestreben nach Kontrolle des deutschen Industriepotentials als Leitmotive spürbar.

So kann es nicht überraschen, dass das Selbstbewusstsein des tonangebenden großindustriellen Elitekartells des Ruhrgebiets nach den unmittelbaren Nachkriegsjahren rasch wiederhergestellt und nahezu ungebrochen war - trotz der Kriegsverbrecherprozesse gegen Krupp, Flick und andere und trotz der halbherzigen Entflechtungsversuche der Alliierten und. Durch die (zunächst von den Alliierten durchgesetzte) Mitbestimmung im Montanbereich wurden nun aber auch die Gewerkschaften in dieses Kartell integriert, das hinfort dafür sorgte, dass die großindustriellen Strukturen des Reviers nicht angetastet wurden und die Arbeiter sozial abgesichert wurden.

Mit der beginnenden Bergbaukrise seit etwa 1959 aber begann der Abstieg der Montanindustrie, der in den 1970er Jahren seinen Höhepunkt erreichte. Das kann man am Beispiel Dortmunds knapp skizzieren: Dortmund war Mitte der sechziger Jahre mit mehr als 650.000 Einwohnern die siebtgrößte Stadt der Bundesrepublik. 1958 arbeiteten hier von den rund 275.000 Beschäftigten 170.000 im produzierenden Gewerbe. Von ihnen waren 120.000 in der Montanindustrie beschäftigt, vor allem in den zahlreichen Kohlebergwerken sowie den Eisen- und Stahlunternehmen wie Hoesch, Phoenix oder Dortmunder Union. In den 15 Kohlezechen der Stadt waren 1961 noch mehr als 50.000 Menschen beschäftigt, 1973 nur noch 18.000, 1987 stellte die letzte Zeche ihren Betrieb ein. Seit den frühen siebziger Jahren garieten dann auch die Eisen- und Stahlunternehmen in die Krise und wurden sukzessive geschlossen, schließlich sogar die meisten Standorte der die Stadt dominierenden Hoesch AG. Dort wurde die Zahl der Beschäftigten von über 30.000 (1970) auf 13.000 (1987) reduziert. Schließlich wurde 2001 die Stahlproduktion in Dortmund ganz eingestellt. Die zuvor mit viel Aufwand modernisierten Anlagen wurden an eine chinesische Firma verkauft, das komplette Werk demontiert und in Schanghai wieder aufgebaut.

So erreichte hier der Anteil der Arbeitslosen in den frühen achtziger Jahren fast zwanzig Prozent; in den nördlichen Arbeiterbezirken fast das Doppelte. Die Steuereinnahmen brachen ein, die Bevölkerungszahl sank um nahezu 100.000. Große Flächen in der Innenstadt sowie in den nördlichen Bezirken der Stadt wurden zu Industriebrachen, auf denen nur in einigen Fällen neue Gewerbebetriebe angesiedelt werden konnten. Die Mehrzahl der neuen Arbeitsplätze entstand bei Banken und Versicherungen sowie im Umfeld der 1968 gegründeten Universität. Der Anteil der Beschäftigten im produzierenden Bereich sank bis 1995 auf unter 20 Prozent.

In dieser Krise des Ruhrgebiets festigte sich das Elitenkartell von Wirtschaft, Gewerkschaften und regionaler Politik, die seit den mittleren sechziger Jahren überwiegend von der Sozialdemokratie dominiert war. Montanwirtschaft, IG Bergbau und IG Metall sowie die SPD sahen den Niedergang der Montanindustrie über mehr als 20 Jahre hinweg als vorübergehende Krise an – als Konjunkturschwankung, nicht als Strukturbruch. Dementsprechend setzten sie alles daran, die Montanindustrie im Revier zu erhalten und wieder konkurrenzfähig zu machen. Versuchen, andere Industrien im Ruhrgebiet anzusiedeln, wurde lange Zeit Widerstand entgegen gesetzt, mit dem Hinweis auf den notwendigen Platzbedarf für die bald wieder zu erwartenden montanindustriellen Ausweitungen und auf die dazu notwendigen Arbeitermassen.

In welchem Maße hier der Niedergang der Montanindustrie ignoriert wurde und wie ausgeprägt die Modernitätseuphorie der siebziger Jahre war, zeigt wiederum ein Beispiel aus Dortmund: In den späten sechziger Jahren hatte die Stadt beschlossen, angesichts der anhaltenden Stahlkonjunktur an jedes der sieben Werkstore der Hoesch AG einen eigenen Autobahnanschluss zu legen. Obwohl Hoesch nun immer weiter zu schrumpfen begann, wurde das Projekt mit erheblichem finanziellem Aufwand immer weiter vorangetrieben. Der Bau dieser Autobahnanschlüsse war schließlich im Jahre 2001 fertig gestellt – die Firma Hoesch jedoch gab es zu diesem Zeitpunkt in Dortmund schon nicht mehr.

Als der industrielle Strukturbruch spätestens Anfang der 1980er Jahre unübersehbar wurde, war es das feste Bestreben des Ruhrgebietskartells, diesen Bruch nicht abrupt, sondern so langsam und sozialverträglich wie möglich zu gestalten, und mit seiner geballten politischen Macht gelang es ihm, gewaltige und langfristige Subventionsprogramme in bis dahin unbekanntem Größenordnungen durchzusetzen. Nach der Gründung der Ruhrkohle AG lagen diese Subventionen allein für den Bergbau bei 1,9 Milliarden Euro pro Jahr und erreichten 1989 mit 7,5 Milliarden Euro ihren Höhepunkt. Franz Brüggemeier hat in seinem Buch „Grubengold“ vorgerechnet, dass zu diesem Zeitpunkt, als es noch knapp 139.000 Bergleute gab, auf jeden Bergmann fast 54.000 Euro Subventionen jährlich entfielen – deutlich mehr als der Durchschnittslohn.

Diese Subventionen sorgten jedoch dafür, dass das Ruhrgebiet zunächst weniger stark verarmte als andere Industrieregionen, etwa in Großbritannien oder den USA. Andererseits nahm der Druck auf Wirtschaft und Politik, sich für die Ansiedlung oder den Anbau neuer Unternehmen und die Schaffung neuer Arbeitsplätze einzusetzen, dadurch aber ab - mit der Folge, dass der Strukturwandel verzögert, zum Teil gar verhindert wurde. Er schien ja gar nicht nötig zu sein, es ging ja auch so.

Auf diese Weise wurde auch die patriarchalische Grundstruktur der Arbeitsverhältnisse im Ruhrgebiet von den Industrieeliten auf Gewerkschaften und Politik übertragen, die den Arbeitnehmern weiterhin „die Illusion der übermächtigen, beschützenden Hand vermittelte,“ wie Jörg Bogumil und andere in ihrer Zwischenbilanz des Ruhrgebiets 2012 formuliert haben. „Gut dotierte Sozialpläne ersetzten die Arbeitsplätze“, was persönliche Eigeninitiative, Mobilität und Flexibilität verhinderte und die ruhrgebietstypische „Atmosphäre steter Betreutheit“ verfestigte. (55).

In der Konsequenz hat dies zur starken sozialen Segregation geführt, zur Überalterung des Ruhrgebiets, zu überproportional hohen Arbeitslosenzahlen - und dazu, dass in Gladbeck oder Herten zwei Drittel der Jugendlichen unter 18 Jahren in Armut oder prekären Lebenslagen aufwachsen und in den dortigen Grundschulen 70, 80 oder sogar 100 Prozent der Kinder einen sogenannten Migrationshintergrund haben.

In dieser Phase der späten 70er und frühen 80er Jahre, also exakt zu dem Zeitpunkt, als sich die Erkenntnis verbreitete, dass man es mit einem Strukturbruch der Montanindustrie zu tun hatte, nicht mit einer Konjunkturlaute, setzte die Historisierung des Ruhrgebiets ein, begannen die Bemühungen Karl Gansers um die Erhaltung der Essener Zeche Zollverein, des Oberhausener Gasometers und des Stahlwerks in Duisburg-Meiderich, schrieb Klaus Tenfelde seine Sozialgeschichte der Bergarbeiterschaft an der Ruhr im 19. Jahrhundert, begrün-

dete Lutz Niethammer die Forschergruppe LUSIR, die die „Lebensgeschichte und Sozialkultur im Ruhrgebiet, 1930 bis 1960“ auf der Basis lebensgeschichtlicher Interviews untersuchte.

Das Ruhrgebiet wurde historisch interessant, als es unterging; in gewisser Weise wurde es als „Ruhrgebiet“ erst jetzt konstituiert, und aus den ersten Anfängen wurde bald eine regelrechte Geschichtsbewegung. Eines der Motti dieser Bewegung war die „Erhaltung und Pflege des industriellen Erbes“, wohlgemerkt: des Erbes, das bekanntlich bei den Hinterbliebenen in der Regel erst nach dem Hinscheiden des geschätzten Vorfahren auf Interesse stößt.

Die hier einsetzenden Wandlungsprozesse bei der Wahrnehmung und Interpretation der Zeugnisse des Industrialismus lassen sich anhand der Auseinandersetzungen um die Arbeitersiedlung „Eisenheim“ in Oberhausen besonders anschaulich zeigen. Diese war in der Mitte des 19. Jahrhunderts für die Arbeiter der nahegelegenen Gutehoffnungshütte (GHH) erbaut und dann bis zur Jahrhundertwende sukzessive erweitert worden. Wie viele (nicht alle) Arbeitersiedlungen im Ruhrgebiet galt sie als Armeleutenviertel. Die Bewohner waren in der Regel von nur einem Arbeitgeber abhängig, der zugleich ihr Vermieter war. Die Wohnungen waren eng, oft besaßen sie weder Küche noch Bad, und lange noch floss das Spülwasser direkt in die Gosse vor dem Haus. Solche Zustände sowie das Stigma, in der „Kolonie“ leben zu müssen, führten dazu, dass diese Siedlungen auch von den Einwohnern spätestens seit den späten 50er Jahren als unmodern, ja anachronistisch angesehen wurden. Deshalb waren in Eisenheim wie andernorts viele alte Siedlungshäuser schon in der Nachkriegszeit abgerissen worden. In den späten sechziger Jahren sollte die Siedlung komplett niedergelegt und durch modernere Wohnblocks mit Küche und Bad ersetzt werden – durchaus zur Zufriedenheit der Bewohner. „Hier wird die älteste ‚Kolonie‘ der GHH mit einem Schlage verzaubert. Man wird das alte Eisenheim sozusagen nicht wiedererkennen, wenn alles fertig ist“, schrieb die Lokalpresse 1970 begeistert.

Seit Mitte der siebziger Jahre regte sich dagegen jedoch erster Widerstand, kennzeichnenderweise zunächst ausgehend von einer Studiengruppe der Universität Bielefeld, welche die Siedlung vor ihrem Abriss ursprünglich nur hatte dokumentieren wollen. Gegen die Argumente, die für den Abbruch der schlecht beleumundeten Viertel sprachen, wurden nun der enge soziale Zusammenhalt der Bewohner und ihre tiefe Verwurzelung in dem Viertel hervorgehoben. Was zuvor als Belastung und Nachteil empfunden worden war, etwa das enge Aufeinanderleben und die wechselseitige Kontrolle, wurde nun als Ausdruck der gewachsenen sozialen Beziehungen gewertet. Eine Bürgerinitiative bildete sich und setzte sich für den Erhalt der Siedlung ein. Eisenheim wurde dadurch bundesweit bekannt und schließlich als eine der ersten Arbeitersiedlungen unter Denkmalschutz gestellt.

Mit der Hochschätzung der Bauten des Industriezeitalters einher ging ein kennzeichnender Wandel in der Wahrnehmung des Arbeiterlebens. Was lange Zeit und vor allem bei den Bewohnern selbst als ärmlich und antiquiert gegolten hatte, wurde nun vermehrt als Ausdruck proletarischen Gemeinsinns und als erhaltenswert empfunden. Die Arbeiterschaft, von der Linken jahrzehntelang vor allem als revolutionäres Subjekt zukünftiger Veränderung wahrgenommen, wurde nun zum Objekt der Vergeschichtlichung. Arbeiterwohnungen, Arbeiterkneipen, die Arbeitsbedingungen im Werk oder unter Tage, kurz: der Alltag der Industriearbeiter und ihrer Familien standen jetzt im Mittelpunkt zunehmenden Interesses.

Damit verband sich auch ein verändertes Verständnis der Geschichtsschreibung. Nicht über, sondern *mit* den Arbeitern und ihren Familien sollte deren Geschichte geschrieben werden, als Prozess der gemeinsamen Erinnerung, aber auch der Stärkung des Selbstbewusstseins und des Stolzes auf die „eigene Geschichte“. Dagegen wurde aber auch Kritik laut, die sich vor allem darauf richtete, dass in diesem historisierenden Blick auf das kurz zuvor noch Vertraute und Gewöhnliche ein romantisierendes, idyllisches Bild von der industriellen Vergangenheit gezeichnet werde, und traf damit zweifellos einen richtigen Punkt. Denn der Trend zur Arbeitergeschichte war früh mit der Wiederentdeckung des Begriffs der „Heimat“ verbunden, die nun nicht mehr in den Kategorien von Bauer und Scholle oder der verlorenen Ostgebieten verstanden wurde, sondern als privater Ort des Rückzugs und des Schutzes vor Fortschritt und Entfremdung, eine Tendenz, die auch vielen regionalen Bürgerinitiativen im Kampf gegen Industrieprojekte eigen war und sich in manchen Geschichtsinitiativen wiederfand.

Gleichwohl – oder gerade deswegen – entwickelte sich dieser Trend zur Historisierung des Ruhrgebiets sehr rasch und war bald außerordentlich erfolgreich. Arbeitersiedlungen wurden nun in großem Umfang erhalten und zum Teil liebevoll aufgepäppelt, die Zahl der vor dem Abriss bewahrten sogenannten Industriedenkmäler im Revier wuchs und liegt heute bei mehr als 200. Das Ruhrgebiet ist mittlerweile durchzogen von einer touristischen Infrastruktur auf der 400 km langen der Route Industriekultur, die manche Ähnlichkeiten mit einem Archäologiepark aufweist; die Zeche Zollverein wurde zum Weltkulturerbe erhoben, kurz: die Musealisierung einer ganzen Region wurde Programm. Deutlich ablesbar ist dies in der Entwicklung des Klartext-Verlags, der als kleiner alternativer zwei-Mann-und-eine-Frau-Betrieb begann, und mittlerweile bis zu seinem 70. Halbjahresprogramm mindestens 400 (?) regionalhistorische Titel publiziert hat, in der nahezu sämtliche industriekulturellen Bauten, Gelände und Ereignisse erforscht und beschrieben wurden - eine Art Schriftdenkmal der Ruhrgebietsgeschichte, verbunden vor allem mit dem Namen Ludger Claßens.

Seit den 1990er Jahren war der Erfolg dieser Geschichtsbewegung unübersehbar geworden. Museale und ökonomische Interessen standen nun dicht nebeneinander, die Historisierung des Industriezeitalters wurde zum Wirtschaftsfaktor, auf den große Hoffnungen gesetzt wurden, und *dieses* Gebäude, in dem wir heute sind, mit *diesem* Museum gibt davon ein beredtes und beeindruckendes Zeugnis ab.

Aber wohlgemerkt: Historisierung und wirtschaftlicher Abstieg des Ruhrgebiets verliefen parallel, das Interesse galt der Vergangenheit einer untergehenden Epoche, die zum Markenzeichen einer Region gemacht wurde, in der nun die Geschichte allmählich viel interessanter wurde als die wenig hoffnungsvolle Gegenwart und Zukunft.

In diesem Kontext entstand auch das Projekt der Erinnerungsorte des Ruhrgebiets. Zu dem Konzept der Erinnerungsorte will ich vor diesem Auditorium der Fachleute nicht viel sagen, zumal ja schon der Begriff „Konvent“ etwas von der Bedeutung, ja der Erhabenheit des Vorhabens vermittelt. Der Begriff ist nicht unumstritten, weder derjenige der Erinnerung, darauf bin ich eingangs eingegangen, noch derjenige des „Ortes“, und auch die Vorstellungen vom „kollektiven Gedächtnis“ sind nicht weniger problematisch.

Theo Grütter hat in diesem Zusammenhang festgestellt, „dass der Suche nach den Erinnerungsorten *des* Ruhrgebiets die Frage nach symbolträchtigen Fixpunkten gemeinsamer Erinnerung zugrunde liege, welche für das *gesamte* Ruhrgebiet eine identitätsstiftende Funktion besitzen bzw. besitzen können.“ (HSoz, Konferenzbericht) Darin steckt viel Optimismus, aber auch die Überzeugung, dass es so etwas wie eine kollektive Erinnerung tatsächlich gibt. Hier gilt, und da komme ich auf die Eingangsbemerkungen zum Begriff der Erinnerung zurück, was bei den KZ-Gedenkstätten so deutlich geworden ist: Dort klären Fachleute, Historiker zumeist, meist jüngere Besucher darüber auf, was an diesen Orten geschehen ist. Aber sie nennen es „Erinnerung“. Das aber mutet vor allem die jugendlichen Besucher oft merkwürdig an, denn sie besitzen keine Erinnerung an die NS-Zeit und verstehen die Erinnerungsaufforderung nicht selten als Irritation oder Zumutung. Es handelt sich, das sollte immer deutlich bleiben, dort wie hier um historische *Aufklärung* der Einen durch die Anderen, nicht um gemeinsame Erinnerung.

Die Assmanns definieren Erinnerungsorte gar als „Orte, an denen sich das Heilige vergegenwärtigt... Um religiöse Texte zu beglaubigen, sind konkrete, materielle Orte der Erinnerung unerlässlich. Der Besuch und die Begehung „heiliger“ Orte bilden demnach elementare Modi der Erinnerung.“ Auch wenn man den Begriff „Heilige Orte“ mit den hier vorgeschlagenen Artikeln etwa über die Trinkhallen oder den Ruhrschnellweg nur schwer in Verbindung bringen möchte, ist doch verstehbar, was gemeint ist – es geht um Identitätsfindung über die Definition gemeinsamer Symbole der Vergangenheit als Klammer einer wirtschaftlich zurückgebliebenen Region, deren Bewohner darüber Stolz und Zugehörigkeit entwickeln. Aber auch wenn diese Symbole in der Gegenwart noch existieren, so gewinnen sie ihre Bedeutung, ihre „Heiligkeit“ doch nur über ihre Funktion in der Vergangenheit.

Lutz Niethammer hat in diesem Zusammenhang den Begriff der kollektiven Identität mehrfach deutlich kritisiert. Er definiere sich im Wesentlichen über Exklusion und werde entsprechend normativ aufgeladen. Demgegenüber könne Noras Konzept *der lieux de mémoire* mit seiner größeren Offenheit für die Historisierung des Ruhrgebiets nutzbar gemacht werden, sofern es die Dimension Zeit nicht ausklammere und historische Wandlungsprozesse miteinbeziehe. Was aber, wenn, wie gesehen, die Erinnerungsorte eben doch und gerade regionale, also kollektive Identität schaffen sollen – in einer Region, deren Identität in der Gegenwart mehr als fragil und deren Zukunft mehr als prekär ist?

Jörn Rüsen hat das Konzept der Erinnerungsorte gerade aus diesem Grund kritisiert: Ihm fehle, ebenso wie dem Erinnerungssparadigma generell, die Dimension der Zukunft, weil Erinnerungsdiskurs den Zukunftsdiskurs weitgehend abgeschnitten habe und ihm eine kritische Dimension fehle.

Damit aber sind wir wieder in der Debatte um die wirtschaftlichen Nöte und Probleme des Reviers angekommen. Die Historisierung des Ruhrgebiets als einer Region mit den Pyramiden des Industriezeitalters hat zwar das „Regionalbewusstsein geschärft“, so erneut Bogumil, Heinze u.a., „und eine durch den rapiden sozioökonomischen Wandel geschrumpfte regionale Identität revitalisiert, allerdings um den Preis, dass die montanindustrielle Industriekultur die Gegenwart und die Zukunft überformt“. (56) Durch die ubiquitäre Geschichtskultur werde die kulturelle Dominanz des Erhaltungsinteresses verlängert, statt innovative wirtschaftliche und soziale Perspektiven zu thematisieren. Die aber liegen jenseits des Ruhrgebiets in seiner historischen Topografie und seiner Traditionen. Denn die wirtschaftliche Per-

spektive des Reviers liegt gerade nicht in seiner montanindustriell geformten Einheit, sondern, wie die Stadtsoziologen sagen, in seiner funktionalen Differenzierung, durch die die einzelnen Städte des Reviers eine je spezifische wirtschaftliche Basis entwickeln, auch und vor allem in der wirtschaftlichen Verbindung einzelner Städte des Reviers mit den wirtschaftlich dynamischeren Nachbarregionen - und weit entfernt von allen postmontanen Großprojekten für das gesamte Revier.

Die abnehmende wirtschaftliche Einheit aber wurde durch immer neue Visionen einer neuen einheitlichen Ruhrgebietswirtschaft übertüncht: der Dienstleistungsmetropole, der IT-Metropole, der Kulturmetropole, der Gesundheitsmetropole, der Wissenschaftsmetropole usw. Dabei sind die einzelnen Städte im Revier überall dort erfolgreicher, wo sie eigene, unterschiedliche Wege gehen, die gerade nicht Teil eines Ruhrgebietsgesamtplans sind. Die aussichtsreichste wirtschaftliche Perspektive des Ruhrgebiets, so kann man zugespitzt formulieren, besteht in seiner Auflösung.

Nun sollte man die Bedeutung von Geschichte und regionaler geschichtlicher Identität auch nicht überschätzen. Der Verweis auf die Zeugnisse untergegangener Größe mag zur Identifikation mit der Region führen, aber ein dynamischer, gewinnorientierter Wirtschaftsaufschwung würde dadurch gewiss nicht behindert, gäbe es ihn denn.

Solange aber mit dem Ruhrgebiet vor allem montanindustrielle Vergangenheit verbunden wird und die Bemühungen der Politiker, eine solche postmontane Großstruktur auf anderer Basis wiederherzustellen, endlich eine Metropole zu schaffen, sich an der immer erneut beschworenen Größe dieser Vergangenheit orientieren, solange wird die Zukunft des Reviers nicht heller als die Gegenwart.